

die bisherigen Einzelvereinbarungen im Rahmen für die gemeinsame Ausgestaltung der weiteren Zusammenarbeit.

Sie zielt im Schwerpunkt auf die Verbesserung der Zusammenarbeit im Rahmen aller gemeinsamen Projekte und wirkt sich bei allen gemeinsamen Vorhaben unabhängig vom jeweiligen Land aus.

Die Bundesregierung erwartet, dass durch ein kohärentes Zusammenwirken von militärischen und zivilen Akteuren friedensgestaltende und stabilisierende Maßnahmen effizienter und nachhaltiger gestaltet werden und damit entwicklungspolitische Wirkungen erreicht werden.

87. Abgeordneter
**Ulrich
Kelber**
(SPD)
- Wie sieht der aktuelle Zeitplan für die Einrichtung der „Servicestelle für bürgerschaftliches und kommunales Engagement“ aus, und auf welche Weise wird die Bundesregierung sicherstellen, dass die im „Memorandum of Understanding“ zwischen dem Bund und dem Land Nordrhein-Westfalen vereinbarte personelle Stärkung des Standortes Bonn und die gleichberechtigte Arbeitsteilung zwischen den beiden Hauptsitzen der GIZ in Eschborn und Bonn dauerhaft realisiert wird?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Gudrun Kopp
vom 12. Juli 2011**

Die Servicestelle für bürgerschaftliches und kommunales Engagement (nachfolgend Servicestelle) soll ihre Arbeit am 2. Januar 2012 aufnehmen. Nach dem Vorliegen des Bundeshaushalts 2012 Ende dieses Jahres werden die Servicestelle gGmbH gegründet und die betroffenen Teilbereiche der GiZ und des Deutschen Paritätischen Gesamtverbandes (DPWV) mit Wirkung vom 1. Januar 2012 in die neue Servicestelle gGmbH überführt werden.

Der Bund hat in einer „Vereinbarung zur Ausgestaltung der zukünftigen Zusammenarbeit mit GIZ“ vom 9. Dezember 2010 mit dem Land Nordrhein-Westfalen die Stärkung des GIZ-Standorts Bonn zum gemeinsamen Ziel erklärt. Diese Stärkung beinhaltet nicht nur personelle Aspekte, sondern bewusst viele wichtige qualitative Aspekte.

So ist Bonn erster Sitz der GIZ, der Vorstand übt seine Tätigkeit zu mindestens 50 Prozent in Bonn aus und die Vorstandssitzungen finden überwiegend in Bonn statt. All dies ist bereits umgesetzt. Derzeit noch in der Umsetzung befindlich ist die Stärkung des GIZ-Standorts Bonn durch die Ansiedlung neuer, vielversprechender Aufgabenbereiche der GIZ. Der Vorstand der GIZ hat über eine neue Aufbauorganisation entschieden. Sie befindet sich derzeit noch in Abstimmung mit dem Gesamtbetriebsrat.

Der Standort Bonn wird durch die Einführung der neuen Aufbauorganisation bereits zum 1. September 2011 qualitativ und quantitativ (Ansiedlung neuer Einheiten, Schärfung des fachlichen Profils z. B.

im Bereich Bildung) gestärkt. Die neue Aufbauorganisation bildet gleichzeitig die Basis für eine weitere Stärkung des Standorts im Rahmen des Aufbaus einer Organisationseinheit, die den Lern- und Leistungsstandort Deutschland bedienen wird. Ebenfalls in Umsetzung befindlich ist die Stärkung hochrangiger und öffentlichkeitswirksamer entwicklungspolitischer Veranstaltungen am Standort Bonn. Die Planungen für das Jahr 2012 sind derzeit jedoch noch nicht abgeschlossen. Die Bundesregierung wird die Stärkung des GIZ-Standorts Bonn sowohl im Aufsichtsrat als auch in ihrer Rolle als Gesellschafterin weiterhin begleiten und so die Erreichung der o. g. Ziele sicherstellen.

88. Abgeordneter
**Ulrich
Kelber**
(SPD)
- Auf welche Weise will die Bundesregierung sicherstellen, dass die beabsichtigte Arbeitsaufnahme der „Servicestelle“ zum 1. Januar 2012 realisiert wird, und welche organisatorischen und personalwirtschaftlichen Schritte sind aus Sicht der Bundesregierung hierzu notwendig?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Gudrun Kopp
vom 12. Juli 2011**

Die Bundesregierung hat im Regierungsentwurf zum Haushalt 2012 die notwendigen finanziellen und personalwirtschaftlichen Vorkehrungen für die Arbeitsaufnahme der Servicestelle gGmbH im Jahr 2012 getroffen. Die entsprechenden Arbeitsbereiche werden bereits im Laufe dieses Jahres in der GIZ und im DPWV organisatorisch und personell so aufgestellt, dass ein reibungsloser Übergang der Betriebsteile und des Personals in die Servicestelle gGmbH und die Kontinuität der Programme und Einrichtungen gewährleistet ist.

89. Abgeordneter
**Ulrich
Kelber**
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass aufgrund der vorgesehenen Ausgliederung der „Servicestelle“ aus der GIZ eine entsprechende Aufstockung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der GIZ in Bonn stattfinden muss, um den ansonsten absehbaren Verlust von Arbeitsplätzen in der GIZ/Bonn zu kompensieren, und welche Anstrengungen hat die Bundesregierung bislang in diese Richtung unternommen bzw. gedenkt sie in Zukunft zu unternehmen?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Gudrun Kopp
vom 12. Juli 2011**

Die Bundesregierung vertritt die Auffassung, dass der GIZ-Standort Bonn auch personell nicht geschwächt, sondern gestärkt werden muss. Dieses Ziel muss aber – unter anderem aufgrund der bestehenden Einschränkungen durch den Überleitungstarifvertrag vom November 2010, der den Mitarbeitern für die nächsten Jahre eine weitgehende Standortgarantie eingeräumt hat – mittelfristig und nicht

kurzfristig verfolgt werden. Mit der Gründung der Servicestelle wird es Anfang 2012 zu einer Ausgliederung von Mitarbeitern der GIZ kommen. Diese werden jedoch dann Mitarbeiter der neuen Servicestelle in Bonn.

Festzuhalten ist daher zunächst, dass Bonn keinerlei entwicklungs- politische Arbeitsplätze verlieren wird, sondern dass es im Gegenteil weitere, hochwertige Arbeitsplätze hinzugewinnt durch, u. a. auch durch die zusätzliche Gründung des neuen Evaluierungsinstituts. Die Bundesregierung setzt darauf, dass die neuen Aufgabenbereiche des GIZ-Standorts Bonn sowie das generell zu erwartende weitere Wachstum des Unternehmens gute Voraussetzungen für ein über- proportionales personelles Wachstum des GIZ-Standorts Bonn sind.

90. Abgeordneter
**Ulrich
Kelber**
(SPD) Wie und zu welchem Zeitpunkt stellt die Bundesregierung sicher, dass der Aufsichtsrat um die im Gesellschaftsvertrag vorgesehenen weiteren vier Mandate besetzt wird?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Gudrun Kopp vom 12. Juli 2011

Von den vier zusätzlichen Aufsichtsratsmandaten entfallen zwei auf die Arbeitnehmerseite und zwei auf die Anteilseignerseite. Die Arbeitnehmerseite hat sich noch nicht abschließend auf ihre zusätzlichen Vertreter/-innen geeinigt. Auf Anteilseignerseite ist ein Mandat für die Fraktion DIE LINKE. und ein Mandat für die Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) (d. h. für einen Vertreter/ eine Vertreterin der Bundesländer) vorgesehen. Die Fraktion DIE LINKE. hat Dr. Dietmar Bartsch, Mitglied des Deutschen Bundestages, benannt. Nach erfolgter Kenntnisnahme durch das Bundeskabinett steht dessen Berufung nichts mehr im Wege. Die DSE will sich im Herbst auf ihren Kandidaten bzw. ihre Kandidatin verständigen. Die Bundesregierung wirkt im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hin, dass der Aufsichtsrat bei seiner nächsten Sitzung im Dezember vollständig ist.

91. Abgeordnete
**Ute
Koczy**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie verhielte sich eine Entscheidung des Bundessicherheitsrates, dem auch der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel angehört, 200 Panzer an Saudi-Arabien zu liefern zu dem Menschenrechtskonzept des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, und würde eine solche Entscheidung nicht die von Bundesminister Dirk Niebel eingeleiteten Maßnahmen, u. a. einen regionalen Fonds zur Förderung von Demokratie in der